

# PROLOG

AUS DEM BUCH SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT:  
GRUNDLAGEN, ENTWICKLUNGSTENDENZEN, PERSPEKTIVEN

*Otto Schlecht / Gerhard Stoltenberg*

„Beständig ist allein der Wandel“, diese Erkenntnis ist heute aktueller denn je. Die Auswirkungen der Globalisierung haben unser Gemeinwesen erfasst und setzen seine Organisationsstrukturen unter Anpassungszwang. Der Übergang vom Maschinen- zum Informationszeitalter fordert seinen Tribut: Bewährte Ordnungen und Institutionen, aber auch anerkannte Leitbilder stehen auf dem Prüfstand des internationalen Wettbewerbs und verlangen nach neuen Begründungen. Angesichts der tiefgreifenden und bei weitem noch nicht abgeschlossenen Umstrukturierungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zeigt die Konsenskultur der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr zu übersehende Risse.

Doch nicht nur der öffentliche Bereich ist vom Wandel betroffen, auch im Privaten zeichnen sich Veränderungen ab: Traditionelle Lebensformen erscheinen fraglich. In Ausbildung erworbenes Wissen und im Beruf gewonnene Erfahrung zählen immer weniger. Die neuen Tugenden heißen Mobilität, Flexibilität, Ungebundenheit, Wendigkeit. Die Globalisierung und ihre Auswirkungen schüren neue Zukunftsängste. Aber hinter ihnen verbergen sich noch immer altbekannte Sorgen: Sorgen um Arbeitsplätze und Einkommen,

Sorgen um die Stabilität der Währung und die soziale Sicherung, und in jüngster Zeit haben sich unter dem Stichwort BSE Sorgen um die Ernährung verbreitet, die lange Zeit vergessen schienen.

In einer solchen Situation der Unsicherheit suchen Menschen nach Halt und Orientierung. Der Blick richtet sich verständlicherweise auf Bewährtes und sucht in ihm eine verlässliche Stütze. Für den Bereich der Wirtschaft ist ein solcher Orientierungspunkt die Soziale Marktwirtschaft. Sie war und ist für viele Menschen – nicht nur in Deutschland Symbol für Sicherheit und Wohlstand. Über Parteigrenzen und Interessengegensätze hinweg gilt die Soziale Marktwirtschaft als Garant für sozialen Frieden und wirtschaftliche Effizienz.

Die wirtschaftspolitische Ordnung, in und mit der wir heute leben, erhielt ihre Gestalt in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in einem Zeitraum, der von großen Problemen und dem Bewusstsein eines Neuanfangs beherrscht war. Der Blick auf diese Zeit kann hoffnungsvoll stimmen: Denn im Vergleich zur Lage in der „Stunde Null“ im Jahr 1945 sind die heute zu lösenden Probleme – so dringlich sie sein mögen – doch von bescheidenerer Dimension und geringerer sozialer Schärfe. Zudem verfügen wir jetzt – durch den Stand unserer Wissenschaft und durch das erreichte Wohlstandsniveau – über weitaus bessere Möglichkeiten, um akute Probleme zu lösen.

Die Kapitulation des Deutschen Reichs am 8. Mai 1945 markiert eine Niederlage, deren Totalität mit keinem anderen Datum der deutschen Geschichte vergleichbar ist. Sie war eine militärische und wirtschaftliche Niederlage. Doch angesichts der verbrecherischen Kriegsziele und der Auslöschung von Millionen Menschenleben bedeutete diese Niederlage viel mehr: Sie stellt den moralischen Tiefpunkt in der historischen Entwicklung Deutschlands dar. Vor diesem Hintergrund konnte ein politischer Neuanfang in Deutschland nur dann eine Chance haben, wenn es gelang, Staat und Wirtschaft auf eine neue, dauerhaft tragfähige moralische Basis zu stellen. Die Umstände nach der Kapitulation waren für die Verwirklichung eines solchen Ziels äußerst widrig, denn anders als nach dem Ersten Weltkrieg hatte Deutschland seine Souveränität verloren. Das Land war vollständig besetzt und in Verwaltungszonen aufgeteilt, die alliierter Hoheit unterstanden. Überdies drohten Reparationsforderungen und Gebietsabtretungen unbekanntem Ausmaßes. Deutschland schien auf Dauer zerschlagen.

Für die meisten Bürger verband sich der Untergang des Dritten Reiches mit einer persönlichen Katastrophe. Millionen Deutsche lebten in Trümmern. Mehr als die Hälfte des Wohnraumes von 1939 war durch Bombardements zerstört. Verschärft wurde die trostlose Situation durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den östlichen Teilen Deutschlands und aus Mittelosteuropa. Bis Ende 1946 waren 5,6 Millionen Vertriebene in die drei westlichen Besatzungszonen eingewandert. Der Bevölkerung fehlte es an allem: an Kleidung, an Nahrung, an Heizmaterial. Totalausfälle bei der Versorgung mit Energie waren an der Tagesordnung. Noch unter dem Schock des Krieges stehend, bedeutete die Kapitulation für fast alle Deutschen nicht das Ende des Überlebenskampfes, sondern dessen Fortsetzung.

Existenznot bestimmte das tägliche Leben. Der Glaube an eine bessere Zukunft schien töricht. Dennoch gab es Menschen, die in dieser schweren Zeit dem Traum von besseren Verhältnissen nachgingen und sich intensiv mit der Frage beschäftigten, wie die drückende Not nachhaltig gelindert werden kann. Vielfach hatten sie schon während der Kriegszeit ihr Augenmerk auf den Aufbau einer neuen politischen Kultur gerichtet, wobei ihnen der Aufbau einer neuen Wirtschaftsverfassung als grundlegend erschien. Die geistigen Zentren dieser Überlegungen waren das volkswirtschaftliche Seminar an der Universität Freiburg, an der sich schon um 1940 die „Freiburger Schule“ etabliert hatte, die volkswirtschaftliche Abteilung beim Verein Deutscher Maschinenbauanstalten (VDMA) in Berlin sowie die „Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft für Bayern“ an der Universität München.

Die Wissenschaftler, die diesen Kreisen angehörten – in Freiburg vor allem Walter Eucken und Franz Böhm, in Berlin Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard, in München Adolf Weber und auch hier wieder Ludwig Erhard –, hatten den Niedergang der deutschen Demokratie und das Aufkommen der Diktaturen in Europa erlebt, sie waren aber auch Zeugen der großen Inflation, der Weltwirtschaftskrise und des dadurch ausgelösten sozialen Elends. Viele von ihnen hatten die Geschehnisse jener Jahre als Folgen einer zu sorglosen Politik und eines zu leichtfertigen Vertrauens in das marktwirtschaftliche System gedeutet und kritisiert. Nach den Erfahrungen mit der wirtschaftlichen Not und den sozialen Spannungen in der Weimarer Zeit sowie dem Aufkommen von Demagogie, Intoleranz, Unterdrückung und Gewalt während der nationalsozialistischen Herrschaft sahen sie ihre Aufgabe vorrangig darin,

einen Beitrag zur moralischen und politischen Erneuerung Deutschlands zu leisten.

In lebhafter Erinnerung an die ökonomischen Fehlentwicklungen in den dreißiger Jahren und ihren verhängnisvollen politischen Folgen hing für sie der Erfolg der neuen politischen Ordnung in entscheidender Weise von einer positiven Wirtschaftsentwicklung ab. Grundvoraussetzung hierfür war ein solides und effizientes, und das hieß: ein marktwirtschaftliches System, das die Freiheit des Einzelnen schützt und gleichzeitig der Absicherung der neuen Ordnung dient. Es ging ihnen um Wahrung der Würde des Menschen vor Übergriffen des Staates und vor der Willkür von Mitmenschen: um eine Freiheit, die weder durch staatliche Bevormundung noch durch Zwangsgewalt und wirtschaftliche Macht bedroht ist. Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es neben einer allgemeinen Verfassung, die im Gegensatz zur Weimarer Verfassung Grundrechte unmittelbar schützte, auch und gerade einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung, die den selbständig und eigenverantwortlich handelnden Menschen zum Leitbild hatte.

Nach Ansicht der Vertreter dieses neuen Liberalismus – der Neo- und Ordoliberalen – bot die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit funktionierendem Wettbewerb die beste Gewähr für eine freiheitssichernde Wirtschaftsverfassung. Anders als in den zentral verwalteten oder kollektivistisch organisierten Volkswirtschaften und anders als zur Zeit von Merkantilismus, Protektionismus und Interventionismus sollte der Staat nicht in wirtschaftliche Prozesse eingreifen. Er sollte sich in genau beschriebenen Fällen von Marktversagen darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu setzen, in denen sich die schöpferischen Fähigkeiten des Einzelnen frei entfalten können, ohne dabei die Rechte und Chancen Dritter zu beeinträchtigen. Diese Vorstellungen standen im Gegensatz zum früher und auch heute wieder vertretenen Laissez-faire-Liberalismus, der prinzipiell auf Staatsferne setzt und in letzter Konsequenz zu Monopolismus, Subventionismus und Protektionismus führt. Die Neo- und Ordoliberalen forderten einen aktiven Staat, der auf die Einhaltung der von ihm gesetzten Rahmenbedingungen achtet und insbesondere für funktionierenden Wettbewerb sorgt.

Aus den damals angestellten wissenschaftlichen Überlegungen heraus hat sich recht schnell ein politisch realisierbares Konzept entwickelt, das Alfred Müller-Armack auf den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ taufte.

Ludwig Erhard hat im Juni 1948, am Tage der Währungsreform, in den amerikanisch und britisch besetzten Zonen Deutschlands mit der praktischen Umsetzung dieses Konzeptes begonnen und die Soziale Marktwirtschaft durch konsequente und beharrliche Politik zu überaus großem Erfolg, zum „deutschen Wirtschaftswunder“, geführt.

Das Besondere am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass es bei aller Betonung des marktwirtschaftlichen Organisationsprinzips nicht auf eine möglichst schrankenlose Entfaltung der Marktkräfte setzt, sondern sich an Grundsätzen orientiert, die unter anderem auch von der christlichen Soziallehre betont werden. So gesehen gelang es mit der Sozialen Marktwirtschaft, eine Ordnung zu begründen, in der zwar das Leistungsprinzip und der Wettbewerb herrschen, in der aber der Mensch – wie es Ludwig Erhard ausdrückte – vor „gnadenloser Ausbeutung“ Schutz findet. Die Soziale Marktwirtschaft wurde damit nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht zu einem beispiellosen Erfolgsmodell, sondern auch zu einer großen Integrationsformel. Ihr Erfolg beruht einerseits auf der unschlagbaren Effizienz der marktwirtschaftlichen Organisation, andererseits aber auch auf stabilen sozialen Fundamenten. Die Soziale Marktwirtschaft begünstigt damit nicht, wie es in den klassischen Laissez-faire-Ordnungen der Fall war, die Starken, sondern sie tritt in entschiedener Weise für die Schwachen ein, und davon gab es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs genug.

In der Zeit des ideologischen Weltgegensatzes entfaltete sich die Soziale Marktwirtschaft zur Gegenkonzeption von staatlichem Dirigismus und privatwirtschaftlichem Machtmissbrauch und zeigte ihre besondere Stärke durch ihre integrativen, ja friedensstiftenden Wirkungen: Sie trug wesentlich zur Verankerung der rechtsstaatlichen Demokratie bei – nicht nur in Deutschland. Das in Deutschland erfolgreiche Wirtschaftssystem schlug sich 1957 in den Verträgen nieder, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet wurde. Und heute strahlt es weit über Westeuropa hinaus in alle Teile der Welt.

Wie fast alle modernen Industrienationen steht das wiedervereinte Deutschland heute vor großen Aufgaben, deren Lösung nicht zuletzt durch die dynamisch fortschreitende Globalisierung ebenso rasches wie kluges Handeln erfordert. Die Reform der Systeme der sozialen Sicherung, die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für dauerhaft wettbewerbsfähige Beschäftigung sowie der schonende Umgang mit den na-

türlichen Ressourcen können nur gelingen, wenn dem Einzelnen wieder mehr Handlungsspielraum zugestanden wird und der Staat zu jener Rolle zurückkehrt, die ihm die Väter der Sozialen Marktwirtschaft einst zugedacht haben: Der Staat soll der Wirtschaft Regeln geben und Schiedsrichter im Wirtschaftsgeschehen sein. Er soll aber nicht selbstherrlich handelnder Akteur im Wirtschaftsprozess sein.

Seit dem Ende der Ära Erhard hat ein schleichender Ausbau des Wohlfahrtsstaates eingesetzt. Der Staat beansprucht jetzt über Steuern, Gebühren und Abgaben mehr als 50 Prozent des Volkseinkommens, und er verteilt, was er einnimmt, wie ein Mäzen unter seine Bürger. Erhard war die Verwandlung der Sozialen Marktwirtschaft in ein wohlfahrtsstaatliches Umverteilungssystem ein Gräuel. Nach seiner Überzeugung hat der Staat bei allen Maßnahmen auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit, insbesondere aber auf ihre Marktkonformität zu achten. Kein staatlicher Eingriff darf die Funktionsmechanismen des Marktes stören. Keine staatliche Maßnahme darf die Anreize zu eigener Leistung lähmen.

Heute steht uns klar vor Augen, wie wichtig und richtig diese Überzeugung ist: Der Staat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) ist überfordert. Er vermag weder die aufgelaufenen Probleme der Vergangenheit noch die anstehenden aktuellen Herausforderungen zu lösen. Seine Rolle als demokratisch legitimierter „Pantocrator“ ist ausgespielt. „Wohlstand für alle“, wie Erhard sein wohl bekanntestes Buch betitelte, wird es in Zukunft nur noch geben, wenn der Staat sich wieder auf seine Kernaufgaben beschränkt und dem Bürger erlaubt, durch Eigeninitiative und Eigenverantwortung einen persönlichen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Landes zu leisten.

Dies wäre dann wieder eine Ordnung, die den Namen „Soziale Marktwirtschaft“ verdient, denn in diesem bewährten Konzept ging es darum, eine möglichst große Anzahl von Menschen durch ihre eigene Leistung von sozialen Transfers unabhängig zu machen – von Staatsleistungen, die in letzter Konsequenz doch nichts anderes sind als vom Bürger selbst finanzierte staatliche Gnadenerweise. Die meisten Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind zu einer solchen Reform bereit, und die Soziale Marktwirtschaft bietet hierfür den richtigen Rahmen.